

bürgerung eine weitere Vorlage auf den Tisch gebracht wird, welche die Einbürgerungsfristen herabsetzen will.

Ich protestiere dagegen, dass immer mehr Leute eingebürgert werden sollen, die unserer Sprache und Kultur nicht mehr einigermassen – ich betone das Wort «einigermassen» – mächtig sind. Ich frage mich als Parteipräsident, was in den Köpfen von Parlamentariern vorgeht, die jetzt in den parlamentarischen Beratungen so vehement für diese Zwängerei mit einer neuen Einbürgerungsvorlage eintreten.

Viele von Ihnen werden, wie schon oft erlebt, über mein heutiges Votum in diesem Saale lächeln. Das stört mich nicht; wir sind es gewohnt, in diesen Fragen in diesem Saal nicht ernst genommen zu werden. Aber das Lachen wird all diesen Leuten dann vergehen, wenn wir das Referendum gegen die Herabsetzung der Einbürgerungsfristen ergreifen und diese Vorlage dann auch erfolgreich nachschicken werden.

Bei einer so grossen Zahl von Einwanderern ist eine Integration schlicht nicht mehr möglich. Das ist der Grund, weshalb sogar im Kanton Jura heute eine Mehrheit zum Ausländerwahlrecht nein sagt, und zwar eine Mehrheit des Volkes gegen die gesamte Regierung und das gesamte Parlament. Auch die Gemeinde Teufen/AR hat am letzten Sonntag mit Zweidrittelmehrheit die Einführung des Ausländerstimmrechts verworfen.

Mir scheint, dass viele aus all diesen Abstimmungsniederlagen, die in diesen Fragen in letzter Zeit doch recht oft vorgekommen sind, noch immer nichts gelernt haben. Für uns bedeutet dies ganz einfach, alles zu tun, um Ihnen weitere solche Niederlagen zu beschermen, bis Sie zur Kenntnis nehmen und akzeptieren, was die Mehrheit unseres Volkes zum Ausländerproblem denkt.

Es ist deshalb ganz klar, dass wir auch den Versuch zur Einführung des freien Personenverkehrs mit der EU bekämpfen werden, und ich bin sicher: Auch wenn er nur schrittweise eingeführt wird, werden Sie damit keinen Erfolg haben.

Koller Arnold, Bundesrat: Was die neue Verordnung zur Lex Friedrich anbelangt, Herr Keller, muss ich Sie an die Vorgeschichte erinnern: Wir haben schon vor einigen Jahren festgestellt, dass die Ausnützung der kantonalen Kontingente – wir verteilen ja das schweizerische Gesamtkontingent auf die interessierten Kantone – sehr unterschiedlich war. Damals haben wir aber den Kantonen gesagt, dass wir von einer Neuverteilung der Kontingente darum absehen würden, weil wir dem Parlament eine Revision der Lex Friedrich vorgeschlagen hätten.

Diese vom Parlament genehmigte Revision ist bekanntlich vom Volk abgelehnt worden. Damit war für den Bundesrat folglich der Zeitpunkt gekommen, die alte Frage der Verteilung des schweizerischen Gesamtkontingents auf die Kantone neu anzugehen. Alles andere hätte gegen Treu und Glauben gegenüber den Kantonen verstossen. Ich betone aber: Das schweizerische Gesamtkontingent wird nicht erhöht. Daher ist die aktuelle Verordnungsrevision selbstverständlich vollständig gesetzeskonform.

Die Pool-Lösung, die wir dann in die Vernehmlassung gegeben haben, ist praktisch von allen Kantonen und von der Mehrheit der Parteien positiv aufgenommen worden. Das sind die Gründe, weshalb der Bundesrat letzten Montag diese Änderung der Verordnung beschlossen hat. Soviel zur Verordnung zur Lex Friedrich.

Zur Ausländer- und Asylpolitik: Sie haben in diesem Rat letzte Woche das Legislaturprogramm behandelt. Der Bundesrat hat Ihnen auf dem Gebiet der Ausländer- und Asylpolitik vier klare Vorgaben gemacht, nämlich die vier Ziele: die Erleichterung des Status der EU-Angehörigen, die Fortsetzung der humanitären Asylpolitik, die verbesserte Integration der in unserem Lande niedergelassenen Ausländer und schliesslich die Reduktion der Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung.

Dass die letzte Vorgabe übrigens durchaus ein wichtiges Ziel ist, Herr Keller, zeigt auch die Entwicklung seit dem Jahre 1991, als wir unsere Ausländerpolitik aufgrund des sogenannten Dreikreismodells neu orientiert haben. Seit dem Jahre 1991 ist die Zunahme der ausländischen Wohnbevöl-

kerung ständig rückläufig. Im Jahre 1991 hatten wir noch eine Zunahme von 5,7 Prozent. Seither geht diese Kurve – aus der Sicht des Bundesrates erfreulicherweise – ständig zurück. Die Zunahme betrug letztes Jahr noch etwa 2,5 Prozent. Wenn wir mit dieser Politik weiterfahren, dann haben wir eine echte Chance, dass wir in einigen Jahren sogar zur erwünschten Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung kommen.

Der Bundesrat ist bekanntlich vorsichtig; deshalb hat er im Legislaturprogramm vorerst nur von einer Reduktion der Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung gesprochen, weil er feststellen musste, dass sehr viele Faktoren der Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung überhaupt nicht beeinflussbar sind. Wir haben ja beispielsweise feststellen müssen, dass letztes Jahr die Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung über Heiraten grösser war als die Zunahme über die Stellenkontingente. Der grösste Faktor der Zunahme bestand bekanntlich im Familiennachzug. Etwa 35 Prozent der Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung im letzten Jahr gehen auf das Konto der Familienzusammenführungen.

Obwohl wir grundlegende Entscheidungen für eine Beschränkung der Zulassung der ausländischen Wohnbevölkerung getroffen haben, habe ich selber feststellen müssen, dass der «Bremsweg» relativ lang ist. Der Bundesrat ist aber überzeugt, dass auch unsere Ausländerpolitik im Volk wieder eine bessere Akzeptanz finden wird, wenn wir diese Politik weiterführen.

Genehmigt – Approuvé

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss der Beilage zum Bericht

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires selon l'annexe du rapport

Angenommen – Adopté

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Ordnungsanträge

Motions d'ordre

Ordnungsantrag Cavadini Adriano

Geschäft 95.059: Kategorie II für die Eintretensdebatte

Motion d'ordre Cavadini Adriano

Objet 95.059: Débat d'entrée en matière en catégorie II

Cavadini Adriano (R, TI): Comme vous le savez, ce dossier a déjà été examiné par le Conseil des Etats. Il y a eu au Conseil des Etats une discussion assez large, étant donné les intérêts touchés par la révision de cette loi, en particulier le problème des «Wasserzinsen».

Aussi, le résultat du débat qu'on a eu au sein de la commission compétente de notre Conseil montre par la présence de plusieurs propositions de minorité que le thème est très controversé, surtout au sujet de la question des redevances pour l'utilisation des forces hydrauliques. C'est la raison pour laquelle il me paraît justifié que notre Conseil puisse avoir un peu plus de temps pour discuter ce problème, et que les grands groupes puissent donner la possibilité à leurs mem-

bres qui soutiennent des positions différentes de s'exprimer. C'est la raison pour laquelle je vous ai proposé à l'entrée en matière de passer de la catégorie III à la catégorie II dans l'esprit justement de donner plus de temps pour s'exprimer sur cette importante révision de loi. Je vous signale d'autre part que même la commission compétente de notre Conseil qui avait traité cet argument avait proposé au Bureau la catégorie II pour l'entrée en matière.

Je vous invite donc à soutenir ma motion d'ordre.

Le président: Le Bureau a décidé de placer cet objet en catégorie III, en tenant compte, d'une part, de la gestion du temps à disposition dans le cadre du Conseil, d'autre part, en estimant que les groupes ont, pour traiter la question fondamentale qui est celle de l'article 49, dix minutes pendant le débat d'entrée en matière plus cinq minutes lors de l'examen de détail. En quinze minutes, les groupes ont le temps d'exprimer leur opinion.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Cavadini Adriano	68 Stimmen
Dagegen	56 Stimmen

Ordnungsantrag der grünen Fraktion

Anstelle der Interpellation der christlichdemokratischen Fraktion 96.3216 «KMU-Session im Herbst 1996» soll die Interpellation der grünen Fraktion 96.3228 «Schweizerische Käseunion» dringlich erklärt und diskutiert werden.

Motion d'ordre du groupe écologiste

En lieu et place de l'interpellation du groupe démocrate-chrétien 96.3216 «PME. Session en automne 1996» l'interpellation du groupe écologiste 96.3228 «Union suisse du commerce du fromage» doit être déclarée urgente et débattue.

Baumann Ruedi (G, BE): Ich möchte Ihnen namens der grünen Fraktion beantragen, dass wir nächste Woche endlich einmal über die schweizerischen Käseexporte diskutieren und dass dem Bundesrat Gelegenheit gegeben wird, zu den zahlreichen offenen Fragen Stellung zu nehmen.

Ich glaube nicht, dass sich die Probleme von selbst lösen, wenn wir sie totschweigen. Wir denken auch, der Handlungsbedarf sei dringend. Jeden Tag kostet uns die Käseverwertung eine Million Franken. Der Marketingchef der Schweizerischen Käseunion wurde verhaftet, aber es fließen weiterhin jährlich 40 Millionen Franken in den Marketingbereich, ohne dass jemals jemand kontrolliert hätte, was mit diesem Geld geschieht. Es ist hier auch einmal über Verantwortlichkeiten zu reden, selbst dann, wenn gewisse Verantwortliche den bürgerlichen Regierungsparteien angehören sollten!

Die Finanzkommission hat die Diskussion zum Untersuchungsbericht Marti Werner verschoben. Das Büro hat schon zweimal unsere Forderung nach Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Schweizerischen Käseunion abgelehnt, das zweite Mal diese Woche. Das Büro hat unsere dringliche Interpellation abgelehnt. Ich glaube, in der Schweiz könnte eine Revolution ausbrechen, wir würden nicht darüber diskutieren, wenn es den Regierungsparteien nicht passen würde!

Wir haben nichts gegen die KMU, ganz im Gegenteil. Aber deren Förderung ist eine Daueraufgabe und kaum Inhalt einer dringlichen Interpellation. Selbstverständlich können wir aber auch über beide dringlichen Interpellationen diskutieren, das ist mehr eine Frage des Zeitbudgets.

Heute morgen produziert die Schweizerische Käseunion neue Schlagzeilen: «Grenzenloser Segen aus dem Bundeshaus», «Die Käseaffäre weitet sich aus». Das sind Vorwürfe, die auch die Kommission unter dem Vorsitz von Marti Werner, die ihre Arbeit abgeschlossen hat und nicht mehr weiterführt, nicht angeschaut hat.

Wenn ganz Europa über den schweizerischen Käse-Korruptionsskandal spricht, kann das Schweizer Parlament nicht beharrlich dazu schweigen! Ich bitte Sie dringend, stimmen Sie diesem Ordnungsantrag zu!

Widrig Hans Werner (C, SG): Ich bitte Sie namens der CVP-Fraktion, diesen Ordnungsantrag abzulehnen. Bezüglich der Schweizerischen Käseunion laufen ja die Strafuntersuchungen. Auch wir wollen Transparenz, auch wir wollen Aufklärungen. Aber deswegen müssen Sie nicht die KMU-Debatte herauskippen und den Blick nach vorne einnebeln.

Wir haben dringende Geschäfte unserer Wirtschaft, die für den Herbst ohnehin aktuell sind. Denken Sie an das Unternehmenssteuerrecht, Risikokapital usw.

Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag abzulehnen und im Herbst bei diesen dringenden Anliegen unserer Wirtschaft nicht nur Dinge anzukündigen und zu deklamieren, sondern auch umzusetzen.

Le président: Le Bureau a décidé l'urgence pour les interpellations sur l'économie, notamment pour l'interpellation du groupe démocrate-chrétien dont il est question ici, plus les deux interpellations du groupe radical-démocratique, par 8 voix sans opposition.

En revanche, le Bureau a écarté l'urgence pour l'interpellation du groupe écologiste par la majorité des voix contre 4.

J'attire simplement votre attention sur le fait que si nous supprimons une seule des interpellations dans le groupe des trois interpellations concernant l'économie, nous ne gagnons pratiquement pas de temps.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag der grünen Fraktion	67 Stimmen
Dagegen	77 Stimmen

95.3400

Motion Ständerat (Loretan Willy) Vollzug des Strassenverkehrsrechts

Motion Conseil des Etats (Loretan Willy) Exécution de la loi sur la circulation routière

Wortlaut der Motion vom 12. Dezember 1995

Beim Bund befassen sich verschiedene Stellen mit strassenverkehrsamtlichen Funktionen. Das Bundesamt für Verkehr prüft Fahrzeuge des konzessionierten Verkehrs, die kantonal immatrikuliert sind. Bei den PTT wird eine Registratur über rund 26 000 Inhaber eidgenössischer Führerausweise geführt. Immatrikuliert sind rund 27 000 PTT-Fahrzeuge. Die PTT prüfen diese Fahrzeuge und auch die Fahrzeuge der Postautohalter, die kantonal immatrikuliert sind. Im weiteren prüfen sie die Anwärter für eidgenössische Führerausweise. Schliesslich nimmt auch die Gruppe für Rüstungsdienste Zulassungen von Bundesfahrzeugen mit den Kontrollschildern «A» vor.

Zurzeit befasst sich ein Projektausschuss «Fahrzeuge der Eidgenossenschaft» damit, das Transportwesen des Bundes zu optimieren und zu rationalisieren (EMD, PTT, SBB, Bundesverwaltung).

Dies gibt Anlass, eine ganzheitliche Neubeurteilung zu verlangen. Die Verknappung der finanziellen Ressourcen erfordert rigorose Einsparungen und eine neue Aufgabenverteilung. Eine gleichartige Vollzugsaufgabe soll möglichst nur einer Staatsebene zugewiesen werden. Die Kantone sind ohne weiteres in der Lage, die Aufgaben effizient und wirtschaftlich zu erfüllen. Sie verfügen über geeignete Infrastrukturen und können einen Aufgabenzuwachs von etwa 0,75 Prozent ohne weiteres bewältigen. Demgegenüber lassen sich beim Bund bedeutende Einsparungen erzielen. Ich schätze diese

Ordnungsanträge

Motions d'ordre

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1996
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.06.1996 - 08:00
Date	
Data	
Seite	902-903
Page	
Pagina	
Ref. No	20 040 308